Protokoll Sitzung Regionalvorstand 06.02.2015

Erstellt von Eveline Kroll

Anwesend, soweit bekannt : Regionalvorstände : Herr Blasig, Herr Dr. Schröder, Herr Enser, Frau Wehlan, Herr Oehme, Herr Janssen, von der RPG Herr Naubert, Herr Klauber, von der GLP Herr Feskorn

TOP 2 : Beschlussfähig, keine Ergänzung zur TOP, Protokoll bestätigt

TOP 3 Regionalplan 2020
3.1. **Stand Genehmigungsantrag** Vortrag Herr Naubert RPG
Nachgesandte Unterlagen , § 11 Raum Ordnung, Mindestabstandsregelung
Planungsstelle mit GL: abgestimmt einzureichende Unterlagen
Teil A textliche Festlegung, Teil B Festlegungskarte
Zusammenfassende Erklärung nach § 11 ROG – Rechtliche Grundlage –
wird nächste Woche zur Genehmigung bei GL eingereicht.

3.3 Mindestabstandsregelung 10-H
§ 249 BauGB ab 01.08.2014 Möglichkeit
Gutachten besagt - Bundesweite Leistungspotenzial 11866 GW bei 600 Meter Abstand
Bei 2000 Meter Abstand ledglich 36 GW
100 % = 600 Meter Abstand
57,9 % = 1000 Meter Abstand **Zusammenfassung Sensitivitätsanalyse**
6,2 % = 2000 Meter Abstand
Höhere Mindestabstände, Konflikte mit anderen Belangen verschärfen sich, wie
Natur- und Landschaftsschutz - Es wird schwierig substanziell Raum zu verschaffen
Regelung führt juristisch zu Auslegungs- und Anwendungsschwierigkeiten
(Anmerk.: Das Schutzgut Mensch kam bei der regen Diskussion überhaupt nicht vor!)
Auszug Hintergrundpapier Bayern BBSR , Bayern bei 2000 Meter Abstand = 21,9 %
d.h. 1,7 % Landesfläche / 20 % davon also 1/5 in den Restflächen von Naturschutzgebieten

Länderöffnungsklausel des Landes maßgeblich – nicht die jeweilige Planungsgemeinschaft

Zu TOP 3 Fragen

Herr Janssen: WEG 26, Gutachten Vogelschutzgebiete, 3 WKA Wald soll hingenommen werden, da RPG erhöhte Kollisionsgefahr ausschließt, dagegen spricht ein Gutachten für touristische Zwecke, dass zum Naturschutz andere Aussagen trifft. Entfernung 100-150 Meter marginal, kein Waldgutachten liegt vor, Antrag der FA UKA in Kemnitz 3 WKA – außerhalb der einstweiligen Sicherstellung, Schlafgewässer, FFH Verträglichkeitsprüfung Überprüfung Gutachten vorhanden – Verträglichkeit möglich

Herr Dr. Schröder: paradoxe Gesamtsituation, Bayern, statische Betrachtung, 1000 bis 2000 Meter Abstand Potentiale eingeengt! Will man Windenergie unter einschränkenden Bedingungen – was ist vernünftig und zweckmäßig?
Zweckdiskussion: Naturschutzgebiete sind größere Areale, die übrig bleiben.
Weg von inhaltlichen Kriterien, Wenn man das Energiepolitische Ziel postitiv beanworten soll – hat er persönlich Konflikte mit.
Seine Grundfrage: Wird Windenergie, so wie Brandenburg das will, wirklich benötigt?

Beantwortung: **Primär die Landesregierung nicht die Regionale Planungsstelle ist für größere Mindestabstände verantwortlich!**

Herr Enser: Beschluss Regionalversammlung, dass eine Empfehlung für die 10 H Regelung an die Landesregierung erfolgen soll, Abstimmung mit der Regionalen Planungsstelle

Herr Blasig: Problem Abschluss Regionalplan steht entgegen der Länderöffnungsklausel, Widerspruch zum Antrag.

Herr Janssen: wenn dem Beschluss zugestimmt wird, „Rolle rückwärts", Erklärung wie das auf Landesebene vorstellbar ist

Frau Wehlan: Empfehlungsbeschluss, im Kreistag zur Abstandsregelung, Land in Verantwortung nehmen.

Herr Blasig: Energiestrategie ist in Frage zu stellen ! TAK, LSG

Herr Janssen: Abstände sind im EE Gesetz nicht geregelt

Frau Wehlan: Bundesgesetz hat Makel, Abstandsregelung nirgendwo geregelt, Bundegesetz delegiert auf die Länder, Wir spüren es vor Ort, vor Bürger kommunizieren bzw. rechtfertigen Sachverhalte berücksichtigen
Appell: Erklärung Regionalversammlung Befürwortung 10 H sendet Signale !
Genehmigungsprüfung für Regionalplan läuft, aber es ist fraglich, ob er 1 : 1 umgesetzt werden kann, Vier WEGs sind vor dem LUGV strittig, im Genehmigungsverfahren mit der GLP abzustimmen oder mit Auflagen bei Genehmigung des Regionalplanes .
Erklärung heute nicht beschliessen.

Herr Blasig: wenn es zur Beschlusslage kommt, die getroffenen Entscheidungen berücksichtigen

Redner?: Regionalversammlung Länderöffnungsklausel Aufforderung an die Landesregierung .Wir fordern, da die Umsetzung durch die Regionalversammlung nicht möglich und praktikabel ist – aber so kommunizieren das wir Mindestabstände haben wollen

Herr Blasig: Bereits während Regionalversammlung zu einem Abstand formuliert

Frau Wehlan: Verantwortung auf Dilemma hinweisen – Zuspitzung – Bundesgesetz läßt die Frage offen – Appell an die Landesregierung!

Herr Feskorn: Regierungsantrag muß jetzt abgegeben werden. Zwei Planungsregionen haben sich für die 10 H Regelung entschieden, aber Abstand im Planungsverfahren nicht händelbar, 10 H nur im Genehmigungsverfahren wg. unterschiedlicher Höhen der WKA, kein Vorteil, Prüfauftrag an Landesregierung nachteilig.

Herr Blasig: RPG und Regionalversammlung jetzt verfahren: politisches Instrument um Druck auf die Landesregierung auszuüben wird fehlschlagen - **Ist Auftrag für den Kreistag !**
Statement hat stattgefunden zum Regionalplan durch letzte Regionalversammlung

Herr Enser: Bedenkzeit bis zur nächsten Vorstandssitzung – heute keine Entscheidung !
Zustimmung im Kreistag darlegen!

Herr Blasig: man plant nach Vorgaben – lebt politisch nicht im luftleeren Raum

Herr Dr. Schröder: Beschlüsse gefasst, nächste Sitzung nochmal aufgreifen,
Landesregierung Festsetzung einer klaren Regelung, konkret Landeseinheitlich festsetzen
Zurzeit immer nur Empfehlungen!
Regionalplan ist eingereicht, aber Thema ist nicht für alle Zeiten durch
Energiepolitische Ziele sind keine Gesetze, daraus abgeleitet sind Empfehlungen des Landes abgeleitet über Abstandsflächen und Entwicklungskorridore – davon unabhängig
Thema bei der nächsten Sitzung nochmal aufnehmen
Berücksichtigen Gesamtabwägung der Bürger und Betroffenheiten
Ansichten korrigieren!

Herr Blasig: klären Bau GB – höhenbegrenzung – 100 Meter / 10 fache Höhe- im Genehmigungsverfahren zu regeln, bedeutet Mut
Nächste Vorstandssitzung:Empfehlung an die Landesregierung, ob die Regionalversammlung der richtige Ort ist, welche Empfehlung an die Regionalversammlung zu geben ist
Heute ohne Beschluss
(Anmerk.: Das „Schutzgut Mensch" kam bei der regen Diskussion kaum vor !)

TOP 4 Arbeitsprogramm/Zuweisung
Klagen werden kommen, Zuweisung notwendig, Ziff 2 territoriale Projekte

TOP 5 Beratende Mitglieder in der Regionalversammlung
(Anmerkung : Anträge von BI Freier Wald e.V. und Waldkleeblatt- Natürlich Zauche e.V)
Entscheidung nicht der Regionalvorstand , sondern die Regionalversammlung
Regionalvorstand kann Empfehlung geben
Vortrag Herr Klauber RPG: Juristen GL, Passus Mustersatzung, 6 Abs. 3 auf Antrag aufgenommen werden können, Gesetzgeber geregelt, Aufzähung
§ 5 Ziff. 3 auf Antrag ohne Stimmrecht – geht nicht eindeutig hervor

Herr Blasig: wir können es tun, aber Begriff der Organisation weit gefaßt
Fragen: Soll Empfehlung in die Regionalversammlung kommen?

Dr. Schröder Sieben Vertreter wie IHK, Bund, Gewerkschaft usw, benannt und meistens nicht anwesend – agieren flächendeckend, Folgen für die Zukunft , Aufnehmen nicht stimmberechtigt, aber Breite an Interessen wird vergrößert – lokale Orte, die die Regionalversammlung erweitern, Meinungsbildung schwierig, Teilbereich bzw Teilregion einer Planungsgemeinschaft – Gleichgewicht nicht mehr gegeben – öffnen wir dies zur parziellen Mitgliedschaft – lähme das schwierige Verfahren

Herr Enser Gesetzgebung schwammig, Einzelnen Zugang geben, Hauptsatzung andere Regionale Planungsgemeinschaften – gibt es dort Interessenverbände ?

Herr Blasig: Prüfauftrag, Welche Erfahrung gibt es dort , z.Bsp Uckermark ,
Statement, partielle Interessen – ist Beratungsleistung hilfreich

Herr Enser Gremium Planungsausschuss wurde gekippt – hier Mitarbeit besser und sinnvoller!

Herr Janssen: Juristisch prüfen, ob einwandfrei, muß händelbar sein, keine Interessengruppe lokaler Gruppen

Herr Oehme: Schönwald, Gericht entscheidet über ordentliche Abwägung , kommt Auftrag GL nicht nach

Frau Wehlan: Gemeinden die kein Zugang haben, sollte sich Regionalversammlung öffnen, Wann ist der Tag x, BI Freier Wald Zossen : Entscheidung nach Kritierien, juristisch fixiert Anhörung in Regionlversammlung – beratende Mitglieder – Planungsgemeinschaft muß entscheiden - Interessenträger Zugang entscheidend

Herr Blasig: Gesetz wird nicht geändert für Zugang Gemeinden, Antragsteller haben Recht Antwort zu bekommen auf nächster Regionalversammlung, Auftrag Verbindung, Erfahrung, Hauptsatzung von anderen Planungsgemeinschaften einzuholen. Regionale Planungsstelle Kriterien schärfen und Vorstand zum Beschluss vorlegen.

Herr Oehme: weitere Kriterien, ob die Richtig sind – Schärfen wg. OVG

TOP 6 Moro Regionale Energiekonzepte Vortrag Herr Seewald
5 Modellregionen, 75 TEU Fördermittel, Energiebausteine, Forschungsschwerpunkt, Regionales Energiekonzept, Analysen und Untersuchungn in der Region, Ländliche Siedlungsstrukturen, Planansätze, Bereiche abdecken, Sicherung der Energieversorgung EE, Erarbeitung von Maßnahmen zur Klimaanpassung
Überarbeitung/Verfeinerung des Planentwurfs des Regionalplans Havelland-Flämung 2030
Herr Oehme: Modellregion Schönwalde Glien
Enser: Mobilität öffentliche Verkehrsmittel
Energiekonzepte mehr Verzahnen, Thema Energievermeidung, Plattform, Pool Erfahrung

TOP7 Europäisches Förderprogramm Interreg 2014-2020 Vortrag Herr Naubert
Fördermittel Mitteleuropa bis 2020 : 250 Mio und Ostseeraum 262 Mio
Grenüberschreitende Kooperationen – Europäische territoriale Zusammenarbeit
Regionale Planungsstelle : Zuwendungsgeber – Kooperationsvermittelung
Aus aktuellen Anfragen heraus, Nachrangigkeit in Bezug auf Genehmigungsverfahren Regionalplan
Zivile Umnutzung militärischer Flächen, Aktzeptanz- und Teilhabesteigerung an Windenergiegewinnung, integriertes Wassermanagement, Stadt- und Umlandsverkehr /Optimierung von Netzverknüpfungen
Enser : Energieeinsparung LED, Blasig : GL Führung, Verkehr wichtig, Oehme: Verkehr politisch wichtig, Dr Schröder : Verkehrsverbünde für Ballungsraum Dauerbrenner, GLP muß Rahmen setzen – Wunsch an Landesregierung Verkehrsprojekte

Top 8 Einwohnerfragestunde
Helga Ehresmann BI Freier Wald Zossen
RPG wollen keine Intergration – Akzeptanz der Bürger
RPG Barnim – Uckermark arbeiten BI mit
Unverständlich muß juristisch überprüft werden
Eindruck es werden Barrieren aufgebaut

Herr Blasig: Überlegen Beteiligung möglich zu machen, aber ordentlich